

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
aus Bundesmitteln zur Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen**

(Umsetzung des Artikels 1 des Gute-Kita-Gesetzes - Handlungsfeld zwei)

**gemäß der hierzu erlassenen Richtlinien
vom 31. August 2020**

Ministerium
für Bildung und Kultur
Referat E 1
Trierer Straße 33
66111 Saarbrücken

1. Antragsteller

Bezeichnung:

_____ (Name)

Anschrift:

_____ (Straße / Hausnummer)

_____ (PLZ / Ort)

Auskunft erteilt:

_____ (Name/ Telefon/ Durchwahl/ Fax/ E-Mail)

Bankverbindung:

_____ (Kto.Nr./ Bezeichnung des Kreditinstituts/ IBAN)

2. Objekt (Kindertageseinrichtung)

Bezeichnung:

Kath. Evang. Komm./ Städt.
 Freie Träger

_____ (Name)

Anschrift:

_____ (Straße / Hausnummer)

_____ (PLZ / Ort)

Anzahl Gruppen

___ Krippe
___ Kindergarten
___ Altersgemischte Gruppe
___ Hort

Erklärungen

Ich/wir versichere/n,

- dass für die mit dem Ministerium für Bildung und Kultur abgestimmte Maßnahme nach Nummer 2.1 Absatz 2 der Richtlinien ein vorläufiger Antrag auf Förderung gestellt wurde. Demnach konnte mit der Maßnahme begonnen werden.
- dass die Gesamtfinanzierung des Vorhabens gesichert ist.
- dass ich/wir jede nachträgliche Änderung der Angaben unverzüglich der Bewilligungsbehörde anzeigen werde/n.
- dass ich/wir alle in den Antragsunterlagen enthaltenen Angaben vollständig und wahrheitsgetreu gemacht habe/n. Mir/uns ist bekannt, dass von den Angaben dieses Antrags die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung und das Belassen der Zuwendung abhängen. Sie sind subventionserhebliche Tatsachen im Sinne der §§ 263 und 264 des Strafgesetzbuchs. Unrichtige Angaben können als Subventionsbetrug bestraft werden. Dies gilt auch für im Rahmen des Verwendungsnachweises vorzulegende Rechnungen und Verträge sowie die Verletzung von Mitteilungspflichten. Hierzu gehören meine/unsere Angaben über die persönlichen, wirtschaftlichen und betrieblichen Verhältnisse, insbesondere meine/unsere Angaben zu den voraussichtlichen Kosten des Vorhabens, zu dem Finanzierungsplan und zu der Frage, ob weitere öffentliche Zuwendungen für das Projekt beantragt/gewährt werden/wurden. Daneben ist mir/uns bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen.

Ich/wir erkläre/n,

- dass die Finanzierung der mit dem Vorhaben verbundenen Folgekosten gesichert ist. Dabei ist uns bekannt, dass Mehrkosten nicht gefördert werden.
- dass die Fördermittel ausschließlich zur Finanzierung der beschriebenen Maßnahmen verwandt werden.

Ich bin/wir sind damit einverstanden,

- dass die Landesregierung den Ausschüssen des jeweiligen Parlaments Namen sowie Höhe und Zweck der mir/uns gewährten Zuwendung in vertraulicher Weise bekannt gibt.

Mir / uns ist bekannt,

- dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten in anonymer Form für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle verwendet werden.
- dass eine Bearbeitung des Antrages nur möglich ist, wenn dieser Vordruck vollständig ausgefüllt und um alle erforderlichen Anlagen ergänzt wird.

- dass für das Zuwendungsverfahren neben den sonstigen zuwendungsrechtlichen Bestimmungen die Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Haushaltsordnung des Saarlandes (VV zu § 44 LHO) vom 27. September 2001 (GMBL. Saar, S. 553, 590), in der jeweils gültigen Fassung gelten und ich/wir diese anerkennen.

Dem Antrag ist die folgende Anlage beigefügt:

- Kopie des Arbeitsvertrages

(Ort)

(Datum)

(Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift)